

2142/J XX.GP

der Abgeordneten Petrovic , Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr

betreffend Österreichische Mensenbetriebsges.m.b.H. (ÖMBG)

Die betriebswirtschaftliche Entwicklung der ÖMBG ist prekär, und gleichzeitig erfolgt
durch das neue Betriebskonzept "Mensa 2000" eine Abkehr von Sozialauftrag.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Bekennen Sie sich zum sozialen Auftrag der ÖMBG, im Sinne der Förderung der StudentInnen durch das bundesweite Angebot von Speisen und Getränken zu sozial verträglichen Preisen?
2. Sehen Sie es als zielführende Strategie an, wie von Seiten des Ministeriums in Erwägung gezogen, die Subjektförderung für bedürftige StudentInnen (Mensenbons) teilweise durch die ÖH aufbringen zu lassen und im gleichen Zug einen beinahe bankrotten Betrieb durch finanzielle Mittel des Bundes, ohne daran geknüpfte Auflagen künstlich am Leben zu erhalten?
3. Seit wann sind Sie über die Liquiditätsschwierigkeiten der ÖMBG informiert und was gedenkt das Bundesministerium dagegen zu unternehmen?
4. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen dem "Mensa 2000" -Konzept der ÖMBG und der damit zwangsläufig verbundenen Abkehr vom Sozialauftrag durch die Verteuerung des Leistungsangebotes und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten?
5. Würden Sie es als die richtige Strategie ansehen, daß die ÖMBG den Auftrag zur Versorgung der StudentInnen mit qualitativ hochwertigen Speisen und Getränken zu sozial verträglichen Preisen hinter alle anderen Aktivitäten zurückstellt?
6. Entsprechen die Beteiligungsverhältnisse an der ÖMBG - 60 % hält die Republik, vertreten durch Ihr Ministerium, 40 % hält die ÖH - den Bestimmungen des § 19 (1) Hochschülerschaftsgesetz, wonach Dritte an Wirtschaftsbetrieben der ÖH nur bis zu 25 % des Stammkapitals beteiligt sein dürfen und wie erklären Sie sich, daß die ÖH, trotz

ihrer 40 %igen Beteiligung, praktisch keine Mitspracherechte in der Gesellschafterversammlung hat?

7. Ist Ihnen bekannt, daß zum 31. Dezember 1995 nur noch 52 % des Stammkapitals der ÖMBG vorhanden waren, dieses mittlerweile deutlich unter die 50 % -Grenze gesunken ist und was gegen Sie dagegen zu tun?

8. War der Eigentümervertreter Ministerialrat Dr. Schuster autorisiert, den VertreterInnen der ÖH einen Zuschuß der Republik von ca. ATS 58 Millionen - dies errechnet sich durch einen von der Geschäftsführung aufgezeigten Kapitalbedarf von ATS 60 Mio. abzüglich einer daran geknüpften Eigenkapitalzufuhr der ÖH i.d.H.v. ATS 2 Mio. - bis 1999 anzubieten bzw. zuzusagen?

9. Ist Ihnen bekannt, daß der Geschäftsführer der ÖMBG, Mag. Kaißl, einen Liquiditätsplan zur Fortführung des Unternehmens von Mai bis Dezember 1996 vorgelegt hat, in dem der Finanzbedarf durch einen angeblichen Rechenfehler um ATS 14 Mio. zu gering dargestellt wurde?

10. Ist Ihnen bekannt, daß die ÖMBG Überziehungszinsen i.d.H.v. 9,25 % bezahlt hat, während zur gleichen Zeit auf dem freien Kapitalmarkt ein Satz von 5 % erzielbar gewesen wäre?

11. Welche handelsrechtliche Grundlage besteht dafür, daß die ÖMBG Abschreibungen für Anlagevermögen erwirtschaften muß, das im Falle der Auflösung der Gesellschaft in den Besitz des Bundes übergeht?

12. Nach welchen Kriterien beschickt das Bundesministerium den Aufsichtsrat der ÖMBG und wodurch ist es erklärbar, daß die ministeriellen Aufsichtsratsmitglieder in Zeiten von Universitäts-Sparpaketen keine Probleme haben, Finanzspritzen in Millionenhöhe zuzustimmen?

13. Stimmt es, daß die ministeriellen Aufsichtsratsmitglieder der ÖMBG in deren Dienstzeit Sitzungsgelder i.d.H.v. ATS 750,-/AR-Sitzung kassieren? Halten Sie es, angesichts der finanziellen Situation der ÖMBG, für politisch vertretbar, wenn jährlich ca. ATS 200.000 für die Aufsichtsratsstätigkeit (darunter sechs Mitglieder vom Ministerium) aufgewendet werden?

14. Betrachten Sie einen Geschäftsführer, dem im Zuge einer externen Prüfung durch die Fa. Neumann nachgewiesen wurde, daß er allein beim Wareneinsatz um mindestens 7 % zu teuer eingekauft hat, als geeignet für die Führung der Geschäfte der ÖMBG?

15. Welche Maßnahmen zur finanziellen Gesundung der ÖMBG wurden von der Geschäftsführung nach Vorliegen der Neumann-Studie getroffen?

16. Ist Ihnen bekannt, daß sich die Kosten für die Neumann-Studie durch mehrfache Intervention von Seiten des Ministeriums auf ca. ATS 1,5 - 1,7 Mio. erhöht haben und daß diesen Mehraufwand die ÖMBG begleichen muß?

17. Genießt der Geschäftsführer, nachdem der Zentralausschuß der Österreichischen HochschülerInnenschaft durch den Beschluß vom 14. Jänner 1997 dessen Ablösung gefordert hat, noch Ihr Vertrauen?
18. Würden Sie, bei einem Angebot seitens der ÖH, einen Aufkauf der ÖH-Anteile durch das Ministerium veranlassen? Wenn ja, zu welchen Konditionen? Wenn nein, warum nicht?
19. Sind Sie gesprächsbereit, falls die ÖH Alternativkonzepte zur Rettung der ÖMBG vorlegt?